

Richtlinien für die Oö. Schulveranstaltungshilfe

Die Oö. Landesregierung hat am 23.6.1997, geändert mit Beschluss vom 5.7.2004, 16.7.2007, 22.12.2008, 5.10.2009, 1.7.2013, 12.6.2017, 9.7.2018, 18.11.2019 bzw. 5.9.2022 die nachstehenden Richtlinien beschlossen:

§ 1

Ziele und Grundsätze der Förderung

- (1) Die finanzielle Belastung von Familien, deren Kinder im gleichen Schuljahr bei mehrtägigen Schulveranstaltungen teilnehmen oder deren Kind an einer mindestens 4-tägigen Schulveranstaltung teilnimmt, soll verringert werden. Dazu leistet das Land Oberösterreich nach den folgenden Richtlinien einen Familienzuschuss für Schulveranstaltungen (Schulveranstaltungshilfe).
- (2) Die Schulveranstaltungshilfe wird Eltern oder Elternteilen gewährt, die mit ihrem Kind/ihren Kindern im gemeinsamen Haushalt leben.
- (3) Voraussetzung für die Gewährung der Schulveranstaltungshilfe ist, dass mindestens ein Kind einer Familie im Laufe eines Schuljahres an einer 4-tägigen Schulveranstaltung (z.B. Sportwoche, Projektwoche, Fremdsprachenwoche, Wien-Aktion, usw.) teilgenommen hat oder mehrere Kinder an mehrtägigen Schulveranstaltungen mit zumindest einer Nächtigung außerhalb der Schulstandortgemeinde teilgenommen haben.
- (4) Die Schulveranstaltungshilfe ist vorgesehen für Eltern oder Elternteile bzw. Erziehungsberechtigte von Kindern, die eine allgemeinbildende Pflichtschule gemäß Schulorganisationsgesetz BGBl. 242/1962 idF.,, eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht gemäß Privatschulgesetz BGBl. Nr. 244/1962 idF. oder eine Landwirtschaftliche Fachschule besuchen. Wenn lediglich ein Kind der Familie eine allgemeinbildende Pflichtschule oder eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht oder eine Landwirtschaftliche Fachschule besucht und an einer mehrtägigen Schulveranstaltung teilnimmt und ein weiteres Kind der Familie an einer mehrtägigen Schulveranstaltung an einer mittleren, höheren oder berufsbildenden Schule teilnimmt, so wird die Schulveranstaltungshilfe nur für das Kind, welches die allgemeinbildende Pflichtschule, eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht oder eine Landwirtschaftliche Fachschule besucht, in der vorgesehenen Höhe gewährt.
- (5) Mit dem Ziel einer sozialen Ausgewogenheit sind Einkommensobergrenzen vorgesehen.
- (6) Die Schulveranstaltungshilfe wird nur auf Antrag gewährt. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

§ 2 Kinder; Eltern

- (1) Als Kinder im Sinne dieser Richtlinien gelten Familienangehörige, für die die Eltern oder ein Elternteil aufgrund des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 eine Familienbeihilfe

beziehen/bezieht.

- (2) Uneheliche Kinder sind ehelichen, Adoptivkinder den leiblichen Kindern gleichgestellt.
- (3) Pflegeeltern erhalten für Kinder, die in dauernde oder vorübergehende Pflege genommen werden, die Schulveranstaltungshilfe ebenfalls. Pflegekinder zählen bei der Ermittlung der Einkommensobergrenze mit.

§ 3 Wohnsitz

Die Schulveranstaltungshilfe wird gewährt, wenn das Kind/die Kinder und die Eltern bzw. der Elternteil, mit dem das Kind/die Kinder im gemeinsamen Haushalt leben, den ordentlichen Wohnsitz in Oberösterreich haben.

§ 4 Familieneinkommen

- (1) Als Familieneinkommen im Sinne dieser Richtlinien gilt der Gesamtbetrag der Einkünfte der Eltern bzw. des Elternteils (und dessen Lebensgefährten/Lebensgefährtin) im gesamten Kalenderjahr vor der Antragstellung. Bei Ablauf des Bezuges des Kinderbetreuungsgeldes im Jahr der Antragstellung oder in dem der Antragstellung vorangegangenen Kalenderjahr sind die aktuellen Einkünfte nachzuweisen. Sollte das aktuelle Einkommen niedriger sein als ein Zwölftel des vorjährigen Gesamtbetrages der Einkünfte der Eltern bzw. des Elternteils, so ist dies glaubhaft nachzuweisen.
- (2) Als Einkünfte gelten a) bei nichtselbständiger Arbeit die Summe der Bruttobezüge gemäß § 25 Einkommensteuergesetz 1988, abzüglich nachgewiesener und anerkannter Werbungskosten gemäß § 16 EStG 1988 sowie abzüglich der einbehaltenen Lohnsteuer; b) bei pauschalieren Land- und Forstwirten der gemäß § 17 des EStG 1988 ermittelte Gewinn; c) bei allen übrigen Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, die Summe der positiven Einkünfte gemäß Einkommensteuerbescheid abzüglich der festgesetzten Einkommensteuer. Sind im veranlagten Einkommen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit enthalten, so sind diese Einkünfte gemäß lit. a zu errechnen.
- (3) Zu den Einkünften gemäß Abs. 2 sind allenfalls hinzuzurechnen: Leistungen des Arbeitsmarktservice.
- (4) Zu den Einkünften gemäß Abs. 2 gehören nicht: Unterhaltsleistungen für Kinder, Wohnbeihilfe, Pflegegeld, Kinderbetreuungsgeld, Wochengeld, Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und Familienbonus Plus.
- (5) Von den Einkünften abzuziehen sind Unterhaltszahlungen für Kinder, die nicht mit dem/der Unterhaltspflichtigen im gemeinsamen Haushalt leben.

§ 5

Einkommensobergrenze

- (1) Der Oö. Familienzuschuss für Schulveranstaltungen wird nur zuerkannt, wenn das Familieneinkommen die nach folgenden Grundsätzen (auf Basis des "Gewichteten Pro-Kopf-Einkommens") zu ermittelnde Obergrenze nicht übersteigt:
- a) Der Berechnung ist ein Sockelbetrag von monatlich 1.200 Euro zugrunde zu legen. Der Sockelbetrag entspricht dem Gewichtungsfaktor 1,0.
 - b) Für den ersten Erwachsenen im gemeinsamen Haushalt zählt der Faktor 1,0, für die/den Alleinerziehende(n) 1,4, für jeden weiteren Erwachsenen 0,8 und für jedes unversorgte Kind der Faktor 0,5 des Sockelbetrages. Als unversorgt gilt ein Kind solange dafür Familienbeihilfe bezogen wird.
 - c) Die Summe der maßgeblichen Faktoren multipliziert mit dem Sockelbetrag ergibt die maßgebliche Einkommensobergrenze.
 - d) Bei Mehrlingsgeburten führt eine Überschreitung der Einkommensobergrenze im Ausmaß bis zu 30% bei Zwillingsgeburten bzw. bis zu 50% bei Drillingsgeburten dennoch zur Zuerkennung der Oö. Schulveranstaltungshilfe.
 - e) Kinder, für die erhöhte Familienbeihilfe bezogen wird, zählen bei der Ermittlung der Einkommensobergrenze doppelt. Zudem führt eine Überschreitung der Einkommensobergrenze von bis zu 30 Prozent dennoch zur Zuerkennung der Oö. Schulveranstaltungshilfe.
- (2) Bleibt das Familieneinkommen unter der errechneten Einkommensobergrenze, wird der Oö. Familienzuschuss für Schulveranstaltungen in voller Höhe zuerkannt. Wird diese Obergrenze überschritten, wird zur Vermeidung von Härtefällen der Oö. Familienzuschuss für Schulveranstaltungen um die Höhe jenes Betrages vermindert, um den die Obergrenze überschritten wird.

§ 6

Höhe des Zuschusses; Anweisung

Die Höhe der Schulveranstaltungshilfe richtet sich nach der Dauer der Schulveranstaltung und wird je Kind und Schuljahr einmalig für mehrtägige Schulveranstaltungen mit zumindest einer Nächtigung außerhalb der Schulstandortgemeinde gewährt, wenn mindestens zwei Kinder in einem Schuljahr an mehrtägigen Schulveranstaltungen teilgenommen haben oder ein Kind an einer mindestens 4-tägigen Schulveranstaltung teilgenommen hat.

Die Beihilfe beträgt für

2-tägige Schulveranstaltungen	50 Euro
3-tägige Schulveranstaltungen	75 Euro
4-tägige Schulveranstaltungen	100 Euro
5- und mehrtägige Schulveranstaltungen.....	125 Euro

Sollte ein Kind mehrere mehrtägige Schulveranstaltungen in einem Jahr absolviert haben, empfiehlt es sich, den Zuschuss für die längere dieser Schulveranstaltungen zu beantragen. Die Schulveranstaltungshilfe wird auf ein inländisches Bankkonto angewiesen.

§ 7

Antrags- und Empfangsberechtigung

- (1) Antragsberechtigt und empfangsberechtigt sind die Eltern bzw. der Elternteil, mit dem das Kind/die Kinder im gemeinsamen Haushalt lebt/leben.
- (2) Anstelle der in Abs. 1 festgelegten Antragsberechtigung und Empfangsberechtigung kann/können auch jene Person/en antrags- und empfangsberechtigt sein, die das Kind/die Kinder tatsächlich erzieht/erziehen und mit ihm/ihnen im gemeinsamen Haushalt lebt/leben (z.B. Großeltern oder sonstige nahe Verwandte).

§ 8

Antrag, Verpflichtungen

- (1) Der Antragsteller/die Antragstellerin verpflichtet sich im Förderungsantrag, diese Richtlinien sowie die Allgemeinen Richtlinien für Förderungen aus Landesmitteln, i.d.g.F., verlautbart in der Amtlichen Linzer Zeitung, Folge 15/2004, bzw. abrufbar auf der Homepage des Landes Oberösterreich www.land-oberoesterreich.gv.at (Themen – Leistungen – Förderungen) vollinhaltlich und verbindlich anzuerkennen.
- (2) Der Antrag ist nach Durchführung der Schulveranstaltung/en, für die die Beihilfe beantragt wird, spätestens aber 3 Monate nach Ende des laufenden Schuljahres (31.10.), zu stellen.
- (3) Für den Antrag ist das vom Amt der Oö. Landesregierung aufgelegte Formular zu verwenden.
- (4) Diese Formulare liegen in den Direktionen der Oö. Pflichtschulen, bei den Gemeindeämtern und Magistraten, den Informationsstellen des Landes (bei den Bezirkshauptmannschaften und beim Amt der Oö. Landesregierung) sowie beim Familienreferat im Amt der Oö. Landesregierung auf. Darüber hinaus steht das Formular online auf www.familienkarte.at und auf www.land-oberoesterreich.gv.at zum Download zur Verfügung.
- (5) Der Antrag ist entweder beim Familienreferat im Amt der Oö. Landesregierung, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz, in Schriftform einzubringen, auf elektronischem Weg unter geft.post@ooe.gv.at, per Fax unter 0732/7720-211639 oder online auf www.familienkarte.at und auf www.land-oberoesterreich.gv.at.
- (6) Vorzulegende Nachweise:
 - Nachweise über das Familieneinkommen im gemeinsamen Haushalt:
 - Bei Arbeitnehmern, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden (unselbständig Erwerbstätige): Lohnzettel für das der Antragstellung vorangegangene Kalenderjahr.
 - Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, haben den Einkommensteuerbescheid für das letzte veranlagte Kalenderjahr beizubringen.

- Landwirte, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden, haben den letzten Einheitswertbescheid über das land- und forstwirtschaftliche Vermögen vorzulegen.
 - Bestätigung über Leistungen des Arbeitsmarktservice
 - Bestätigung über den Bezug von Kinderbetreuungsgeld
 - Pensionsbestätigung
 - Nachweise über sonstige Bezüge, die als Einkünfte gelten
 - Nachweis über den Bezug der erhöhten Familienbeihilfe
 - Ausländische Staatsbürger (ausgenommen Bürger/-innen eines Mitgliedstaates der EU) sind verpflichtet, eine aktuelle Bestätigung über den Bezug der Familienbeihilfe beizubringen.
- Ausländische Staatsbürger/innen:
 - Nachweis über den rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich (Aufenthaltstitel, Dokumentation über den Aufenthalt in Österreich etc.)
 - Nachweis über die Familiengröße:

Der Nachweis der Familiengröße (Angaben über die im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen) wird in Form der Haushaltsbestätigung (Wohnsitzgemeindeamt) oder durch den Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe (Finanzamt/www.finanzonline.at) erbracht. (Bei Hauptwohnsitz Linz ist nur der Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe möglich.)
 - Nachweis über die Teilnahme an einer Schulveranstaltung:

Die Teilnahme an einer mehrtägigen Schulveranstaltung mit mindestens einer Nächtigung außerhalb der Schulstandortgemeinde ist in schriftlicher Form unter Angabe der Schule, sowie der betreffenden Schulveranstaltung (Art und Dauer) nachzuweisen (Textmuster: Der/Die Schüler(in) hat in der Zeit vom ... bis ... an der Schulveranstaltung ... mit Nächtigung in teilgenommen, Schulstempel).
- (7) Die Anträge werden grundsätzlich in der Reihenfolge ihres Einlangens beim Familienreferat im Amt der Oö. Landesregierung bearbeitet.
- (8) Über Aufforderung hat der Antragsteller/die Antragstellerin weitere Nachweise für die Erfüllung der Voraussetzungen beizubringen (z.B. Änderungen der aktuellen Einkommenssituation). Die Schulveranstaltungshilfe wird nicht gewährt, wenn diese Nachweise nicht vorgelegt werden.
- (9) In Härtefällen kann die Landesregierung bzw. das zuständige Mitglied der Landesregierung Nachsicht von einzelnen Voraussetzungen erteilen.
- (10) Die Entscheidung über den Antrag wird dem Antragsteller/der Antragstellerin bekanntgegeben.

§ 9 Rückforderung

- (1) Zu Unrecht ausbezahlte Fördermittel sind vom Fördergeber zurückzufordern.
- (2) Die im Rahmen dieser Richtlinie gewährten Fördermittel sind zur Gänze rückzuerstatten, wenn die Fördermittel zu Unrecht ausbezahlt wurden.

- (3) In sozial berücksichtigungswürdigen Fällen kann von einer Rückforderung ausbezahlter Beträge abgesehen werden.

§ 10 Datenverkehr

Daten des Antragstellers und seiner Familie werden soweit automationsunterstützt verarbeitet, als dies in Art und Umfang für den Zweck der Durchführung der Schulveranstaltungshilfe erforderlich ist. Der Antragsteller und seine Familie stimmen insoweit dem Datenverkehr zu.

§ 11 In-Kraft-Treten

Diese Richtlinien treten mit 5.9.2022 in Kraft.